

Ein Loch in der Mauer. Zur Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland

Auf den Historiker Hans Rothfels geht der Vorschlag zurück, den Begriff »Zeitgeschichte« als »Epoche der Mitlebenden« zu definieren. Für heutige Schüler gehört die Berliner Mauer nach dieser Betrachtungsweise nicht mehr zur Zeitgeschichte, da sie und ihre Gleichaltrigen zur Zeit des Mauerfalls noch in den Windeln lagen. Mit dieser Feststellung eröffnete die Berliner Geschichtswissenschaftlerin Dr. Marion Detjen ihren Vortrag zur »Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989«, der, ermöglicht durch die Bonner Konrad-Adenauer-Stiftung, im September 2006 vor Schülern der Oberprima gehalten wurde. Anlass war eine Lesereise zu Detjens im Vorjahr erschienenem Buch »Ein Loch in der Mauer« (Siedlerverlag, München 2005), das aus ihrer Dissertation hervorgegangen ist.

Nachdem Detjen schildert hatte, wie ihr Interesse an dieser Thematik durch die zufällige Begegnung mit einem ehemaligen Fluchthelfer auf einer Hochzeitsgesellschaft geweckt worden war, eröffnete sie das Gespräch mit den Zuhörern durch die Frage nach den Gründen für die Fluchthilfe. Es sei vorausgeschickt, dass die Bevölkerung von der Abriegelung West-Berlins vollkommen überrascht worden war. Noch im Juni 1961 log der damalige Staatsratsvorsitzende Ulbricht auf einer Pressekonferenz nämlich mit charakteristischer Fistelstimme und sächsischem Dialekt, »nümand« habe

»die Absicht, eine Mauer zu errichten«, zumal »sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau« beschäftigten. Zum einen etablierte der Spitzbart damit den Begriff der »Mauer« für die später vom SED-Regime propagandistisch als »antifaschistischer Schutzwall« bezeichnete Sperranlage, zum anderen plauderte er grundlos aus, was den westlichen Geheimdiensten bereits bekannt war, dessen die Berliner aber erst am 13. August 1961 gewahr werden sollten: Über Nacht unterbrach ein Aufgebot aus Soldaten der NVA, Kampftruppen sowie Grenzpolizei und Vopos die Verkehrsverbindungen nach Westberlin. Für die DDR-Reichsbahn etwa kam dieser Vorgang so plötzlich, dass mehrere S-Bahn-Züge vom Schienennetz abgetrennt wurden. (Im Laufe des Tages wurde die Absperrung wieder geöffnet und das herausgeschnittene Schienensegment zur Rückführung der Schienenfahrzeuge vorübergehend wieder eingesetzt.) Für die überraschte Bevölkerung bedeutete der in den nächsten Tagen mit aller Kraft vorangetriebene Mauerbau vor allem: zerrissene Familien. Berühmt geworden sind die Bilder, die zeigen, wie Menschen ihr Hab und Gut durch die Fenster von Wohnhäusern auf die zu West-Berlin gehörende Bernauer Straße in Sicherheit bringen (die SED-Führung ließ daraufhin die Fenster von unten beginnend zumauern, was in eine von der Westberliner

Feuerwehr unterstützte Sprungtuchflucht aus dem vierten Stock mündete, wobei eine alte Frau zu Tode kam), oder aber auch die Photographie des fliehenden DDR-Grenzpostens Hans Conrad Schumann, der sich im letzten Moment mit einem Sprung über den bereits ausgerollten Stacheldraht in den Westen absetzte. Verständlich, dass die Bevölkerung umgehend mit der Suche nach Schlupflöchern begann, vor allem die Berliner Studenten.

Der Fluchthelfer Dieter Thieme, damals Mitarbeiter des Studentenwerks der Freien Universität, erinnert sich: »Wir sind tatsächlich reingerutscht. Wir wollten ja nur unsere Studenten holen. Aber jeder, der rüber kam, der hat schon gleich drei andere Adressen mitgebracht von Leuten, die auch rüber wollten.« In dieser frühen Phase der Fluchthilfe waren gefälschte Papiere das Mittel der Wahl: »Über Sperranlagen haben wir nie etwas versucht. Unser oberstes Gebot war immer: Es darf keine Toten geben. Und bei Passgeschichten kann nichts passieren.« Das ist nicht ganz richtig: Zwar waren Leib und Leben des Flüchtlings nicht gefährdet, die sogenannte »Republikflucht« sowie der »ungesetzliche Grenzübertritt« (§ 213 Abs. 2 StGB) als auch der Versuch derselben waren jedoch mit Strafen bedroht. Insgesamt wurden bis zum Fall der Mauer mehrere zehntausend Personen wegen Fluchtversuchen angeklagt und in der Regel zu mehreren Jahren Freiheitsentzugs verurteilt.

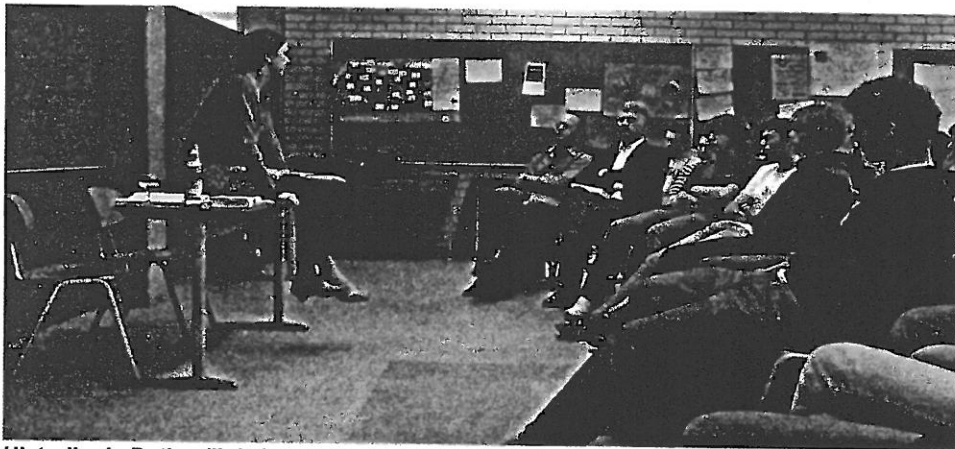
Für die DDR-Führung war die massenhafte Flucht der eigenen Bevölkerung in den »faschistischen Westen« schon lange ein Problem gewesen: In den 50er Jahren waren jährlich etwa 200 000 Personen geflüchtet, knapp die Hälfte jünger als 25 Jahre; bis zum Mauerbau waren das über drei Millionen Menschen, ungefähr jeder achte DDR-Bürger. Im Sommer 1961 war die Zahl der Emigranten stark angestiegen, allein im Juli hatten dreißigtausend Menschen den Osten verlassen. Obwohl das MfS im Jahre 1958 in einem Bericht richtig erkannt hatte, dass zu den Fluchtgründen im allgemeinen der »Wunsch nach wirtschaftlicher Verbesserung«, eine Familienzusammenführung oder die Unzufriedenheit mit den »be-



Ein Loch in der Mauer erschien 2005 im Siedler-Verlag

stehenden politischen Verhältnissen in der DDR« zählten, blieb die SED ihrer ideologischen Fiktion der Unterminierungsstrategie des Westens treu und reagierte mit Programmen zur Bekämpfung der »Abwerbetätigkeit feindlicher Zentren«.

Das SED-Parteiorgan *Neues Deutschland* verstieg sich unter der Überschrift »Bonn zahlt Kopfgeld für Menschenhandel – Abwerbung mit Gangstermethoden« gar zu der folgenden abenteuerlichen Räuberpistole: »Die einzelnen [Abwerbe-]Zentralen sind dazu übergegangen, die Kopfprämie, die der Abwerber für jeden abgeworbenen DDR-Bürger bekommt, heraufzusetzen. [...] Je nach Bedeutung des Abgeworbenen erhält der Abwerber eine Prämie von 50 bis 1000 Westmark. [...] In diesen Zentralen [...] sitzen hauptsächlich kriminelle und in der DDR straffällig gewordene Elemente, die mit [...] Droh- und Lockbriefen ihre Opfer nach Westberlin locken.« Besonders schlimm war, dass sich unter den Flüchtlingen besonders viele Ärzte, Lehrer, Juristen, Ingenieure usw. befanden, also Angehöriger sogenannter »Intelligenzberufe«. In



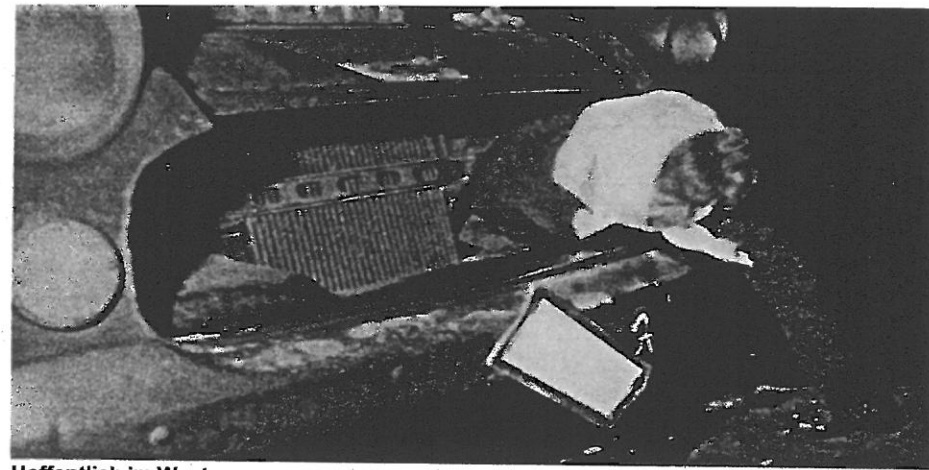
Historikerin Detjen (links) vor den Schülern der Oberprima

ländlichen Gebieten verzeichnete die DDR bereits eine Gefährdung der medizinischen Versorgung. Die Zeitung *Sonntag* stellte im September 1958 verblüfft fest: »Obwohl die Praxis täglich beweist, daß der Arzt nur im Sozialismus seine berufliche und soziale Aufgabe im besten Sinne erfüllen kann [...], hat eine Anzahl Ärzte unsere Republik verlassen.«

In der Bundesrepublik hingegen wurde den Flüchtlingen problemlos die Einreise gestattet und die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt, wie es sich aus den Artikeln 11 Abs. 1 (»Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet«) und 161 Abs. 1 (»Deutscher [...] ist [...], wer [...] als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen [...] Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat«) des Grundgesetzes ergibt. Der Begriff der »Freizügigkeit« bedeutet vor allem das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes, was auch die Ausreise aus dem Heimatland einschließt; in der DDR war diese Frei-

zügigkeit jedoch stark eingeschränkt, Ausreisen in den Westen kaum möglich. Gleichwohl die DDR im Jahre 1976 den UN-Zivillpakt ratifizierte, der die Freizügigkeit im Allgemeinen und in Art. 12 Abs. 2 die Reisefreiheit im Speziellen feststellt (»Everyone shall be free to leave any country, including his own«), und aufgrund abweichender Ausreiseregulungen gleich zweimal, 1977 und 1984, vor den UN-Menschenrechtsausschuss zitiert wurde, sollte sich an der restriktiven Ausreisepaxis bis zur Wende nur wenig ändern. Noch 1989 bezahlten es zwei Männer mit ihrem Leben, das Risiko der Flucht eingegangen zu sein: Der 20-jährige Kellner Chris Gueffroy wurde im Februar beim Überwinden eines Zauns von den Kugeln der DDR-Grenztruppen in Stücke gerissen; der Gastechner Winfried Freudenberg stürzte im März mit einem gasgefüllten Ballon über Berlin-Zehlendorf in den Tod.

Zu den Motiven der Fluchthilfe zählte also neben der Tatsache, dass es in der sogenannten DDR »schwer hatte«, »wer keine rote Socke war«, bzw. die Absicht der Westmächte, »dass die [DDR-Bürger] von den Russen weggehen«, wie die Schüler auf Detjens Frage richtig erkannten, die bereits erwähnte schändliche Trennung der Familien und Freundeskreise. Bei der Westberliner Bevölkerung, aber auch bei den Behörden stellte sich daraufhin ein »Ohnmachtsgefühl« ein, wie Detjen schreibt. Während



Hoffentlich im Westen ...

sich die Westalliierten nicht zum militärischen Eingreifen gezwungen sahen, da ihr verbrieftes Zugangsrecht zu Westberlin durch die Abriegelung nicht eingeschränkt wurde, kritisierte Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Erklärung am 13. August 1961 den »offenen Bruch der Viermächtevereinbarungen« und stellte fest, dass durch »die Willkür des Pankower Regimes [...] eine ernste Situation heraufbeschworen« worden sei. Der Berliner Bürgermeister Brandt gestand, mit »Bitterkeit erfahren« zu haben, was »ohmächtiger Zorn ist«, und wandte sich in der darauffolgenden Woche an den Bundestag mit den Worten, man müsse »die

Unzahl menschlicher Tragödien im Auge haben, die sich in diesen Tagen abspielen. Mitten durch eine Stadt, in der es trotz der administrativen Teilung noch immer täglich vieltausendfache Verbindungen gab, sind die Betonpfähle einer Grenze eingerammt worden [...] Was zusammengehört, ist weiter auseinandergerissen, es wird brutal zer schlagen. [Es ist] primitives Menschenrecht, fliehen zu dürfen von einem Land in das andere.« Verständlich, dass die Fluchthilfe politisch gewollt war und unterstützt wurde. Detjen schreibt: »Unmittelbar nach dem Mauerbau bis etwa 1962, kann man sagen, dass in Berlin die gesamte Politik die Flucht-



Gleich nach der Trauung erschien dieses junge Paar an der Sektorengrenze in der Bernauer Strasse, um der Brautmutter und der Großmutter, die im Ostsektor wohnen und an der Hochzeit nicht teilnehmen durften, zuzuwinken. Die Blumensträuße, die das junge Paar in den Händen hält, wurden (wie deutlich zu sehen) an Schnüren vom Fenster herunter gelassen.



Jetzt hat's sich ausgeschleust



Schülerlotsentum ad absurdum: Amerikanische Soldaten eskortieren einen Schüler

hilfe moralisch unterstützt hat. Sie konnte nicht sichtbar Unterstützung bieten, aber die Fluchthelfer wussten, dass zumindest der Innensenat ein Auge zudrückt, wenn sie Waffen haben, wenn sie Urkunden fälschen, Straftaten, die völlig selbstverständlich mit einem übergesetzlichen Notstand gerechtfertigt wurden.« Und Fluchthelfer Thieme erinnert sich: »Wir hatten einen Mischwasserkanal in der Alten Jakobstraße, der lief im September Oktober 1961 wirklich hervorragend, da haben wir 28 Leute durchgebracht. Drüben wurde ein Deckel aufgenommen, dann stiegen die rein und mussten dreihundert Meter unten laufen in der Brüche, und dann haben wir sie in Empfang genommen und in einen Kastenwagen gesteckt und raus gefahren ins Studentenwerk, da konnten sie sich waschen. Da haben wir zum ersten Mal Unterstützung erfahren vom Senat, da kam jemand an und brachte ein paar lange Stiefel: Bis dahin sind

wir da unten mit Turnschuhen rumgetanzt.« Zum Teil war diese Zuwendung Eigennutz, da etwa die SPD ihre Parteimitglieder von der studentischen Girmann-Gruppe herausholen ließ; die CDU unterhielt sogar eine eigene Fluchthilfegruppe, die nachweislich 300 CDUlern die illegale Ausreise ermöglichte. Die DDR-Propaganda versuchte sogleich, die Fluchthelfer als »Menschenhändler« zu diffamieren. So sagte Ulbricht eine Woche nach dem Beginn des Mauerbaus über die Reaktion der bundesdeutschen Politiker: »Die Menschenhändler, die unmenschlichen Organisatoren des Menschenhandels und des Kindesraubs, die Erpresser, die Lügner und die Verleumder, denen das Handwerk gelegt wird, werfen der Deutschen Demokratischen Republik Unmenschlichkeit vor. Ausgerechnet die! Diese Heuchler trauern ja nur darüber, daß sie ihre Verbrechen nicht fortsetzen können.«



Sprung in die Freiheit

Die Unterstützung durch Senat und Behörden dauerte etwa bis in die zweite Hälfte des Jahres 1962 an; dann kam es zu einer politischen Distanzierung, für die Detjen in der Hauptsache folgenden Grund nennt: Da die Grenztruppen bekanntgewordene Lücken in der Grenzabspernung sukzessive schlossen, wurden die Fluchtwege gefährlicher, aufwendiger und auch teurer. In der Konsequenz litten alle Fluchthilfegruppen unter Finanzierungsproblemen. Zwar unterhielt das vom von Ulbricht als »Spionageminister« verhöhten Ernst Lemmer geleitete Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen einen Geheimfonds, der aber bei weitem keine Kostendeckung herbeiführen konnte. Galt es zunächst als Ehrensache, von den Flüchtlingen kein Honorar zu verlangen, so institutionalisierte sich rasch eine Kommerzialisierung der Fluchthilfe. Für den Zeitraum ab 1965 bescheinigt Detjen der Szene sogar eine Vorherrschaft der »Fluchthilfe-Geschäftsleute«. Schon 1967 musste ein Ausreisewilliger die horrenden Summe von 15 000 Westmark aufbringen; für die kommerziellen Fluchthelfer war das, trotz aller Unkosten, ein einträgliches Geschäft.

Am 17. Dezember 1971 wurde von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR das sogenannte Transitabkommen unterzeichnet. Für DDR-Bürger ändert sich dadurch jedoch wenig; die Zahl der legalen Ausreisen nahm in den Folgejahren sogar ab. Die DDR-Grenztruppen rüsteten den Sperrstreifen zwischen den beiden deutschen Staaten mit Selbstschussanlagen und Splitterminen zum »Todesstreifen« auf. Daher nahmen Fluchtversuche über osteuropäische Länder und über die Transitstrecken zu – für die Bundesregierung problematisch, denn angesichts des erwünschten Güterverkehrs konnte sie sich hinsichtlich des Transitmißbrauchs nicht gleichgültig zeigen.

Diese neuen Probleme mit den bundesdeutschen Behörden wie auch die Durchsetzung der Fluchthilfeorganisationen mit MfS-Spitzeln führten zu einer Abnahme der erfolgreichen Ausschleusungen bis hin in den zweistelligen Bereich im Jahre 1979, Tendenz: fallend. 1984 registrierte das MfS noch 40 Fälle, denen 35 000 genehmigte Ausreisen gescheiterten, drei Jahre später



Steinig ist der Weg in den Westen

waren es schon 112 000. Die Fluchthilfe war von der sich langsam anbahnenden Wiedervereinigung überholt worden.

Eine Fluchtbewegung sollte noch jahrelang anhalten. Allein im ersten Halbjahr 1990 siedelte eine Viertelmillion Menschen aus den neuen Bundesländern in den Westen über, und auch heute noch beziffert sich der durch Übersiedlung verursachte jährliche Bevölkerungsverlust in Ostdeutschland mit vierstelligen Zahlen.

Mit der Wiedervereinigung habe die Realität der Einheit einen alle Zeitgenossen völlig überraschenden und überwältigenden Sieg davongetragen, so schließt Detjen ihre Untersuchung: »Die Realität der Teilung wirkt jedoch bis heute in manchen Strukturen, vor allem aber 'in unseren Köpfen' nach. Die mentalen und ideologischen Zugeständnisse und Opfer einer Koexistenz mit einem deutschen Nachbarstaat, der eine Diktatur war, unter dem Zwang der weltpolitischen Konstellation und in der Schuld der nationalsozialistischen Vergangenheit, prägten die Reaktionen in der Bundesrepublik auf das Phänomen der Fluchthilfe und prägen auch heute noch unsere Erinnerung daran. Dies ist der anhaltendste und traurigste Erfolg, den die Vernichtungsstrategie der DDR gegen die Fluchthelfer feiern kann.«

STEFFEN SIEVERING